

**Bericht über die Durchführung der 11. Jahreskonferenz der „Kiewer Gespräche“
zum Thema: „Neu gegen Alt: die Ukraine im Wandel“**

In den letzten Monaten ist die Ukraine zunehmend aus den westlichen Medien verschwunden. Die immer selteneren Berichte weisen kritisch auf stockende Reformen, innenpolitische Probleme, Korruption und kaum gebrochene Macht der Oligarchen hin. Die Europäische Union, von mehreren Problemen überfordert, zeigt eine gewisse Ukraine-Müdigkeit, und in der Ukraine mehren sich die kritischen Stimmen über die europäische Politik. Auch wenn in den meisten europäischen Hauptstädten Russland als der Hauptschuldige für den hybriden Krieg im Donbas und die kaum noch vorankommende Umsetzung von Minsker Vereinbarungen gehalten wird, wächst der politische Druck auf westliche Regierungen. Die Stimmen, die zumindest eine Lockerung von Sanktionen gegenüber Moskau verlangen, werden immer lauter. Und im Donbas haben sich die Kämpfe zuletzt wieder intensiviert...

Reformen vs “Failed State”?

Trotzdem überwog bei aller Differenziertheit der Einschätzungen in den Diskussionen bei den 12. Kiewer Gesprächen eher ein verhaltener Optimismus. Auch in der EU gibt es durchaus Anhänger der “Das-Glas-ist-halb-voll”-Theorie, wie es aus dem Impulsreferat von Peter Wagner, dem Vorsitzenden der Support Group for Ukraine (SGUA) in der Europäischen Kommission, deutlich wurde. Nicht ganz klar ist jedoch, wie einflussreich die Optimisten in der EK und den einzelnen Mitgliedstaaten sind. Wenn man die Bilanz über die Entwicklungen der Ukraine in den zwei Jahren nach dem Euromaidan zieht, muss man sowohl positive als auch negative Momente sehen. Die korrupten oligarchischen Eliten seien immer noch an der Macht, die Reformen seien eher kosmetischer Natur und der Maidan habe insgesamt nicht viel geändert, heißt es aus dem Lager der Kritiker. Doch dabei vergisst man, wie stark die Verankerung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion im sowjetischen System ist. Nur in baltischen Staaten ist der Durchbruch gelungen. Die Ukraine ist dagegen in einen Teufelskreis geraten: Geld - Korruption - Politik - Geld - Korruption. Und es mangelt am politischen Willen, um diesem Kreis ein Ende zu setzen (Serhii Leschenko). Die politischen Eliten - die Regierung und die Opposition - haben dagegen die

Entscheidung getroffen, das alte System zu konservieren (Yevhen Hlibovytsky). Doch das Land befindet sich in einer äußerst aktiven Dynamik, und es wird nicht mehr zum alten System zurückkehren.

Ein anderes Problem ist, dass Reformen Zeit brauchen. Man kann das Land nicht in einem Jahr verändern. Es sind nicht nur ein paar Gesetze, die verabschiedet werden müssen, es müssen neue Institutionen geschaffen werden. In anderen Transformationsländern hat es im Durchschnitt fünf bis sechs Jahre gedauert, wie der stellvertretende Wirtschaftsminister Maksym Nefodov betonte.

Und trotzdem ist heute laut Analyse von Peter Wagner die positive Bilanzseite gar nicht so kurz: der Druck von unten bleibe stark, in der neuen Regierung gebe es viele Vertreter der Zivilgesellschaft. Wichtig war die Anhebung der Energiepreise, vor allem wegen der Korruptionsbekämpfung. Dieser Schritt hat in der Ukraine für viel teils populistische Kritik gesorgt und ist bis heute Gegenstand einer heftigen Diskussion. Das Thema wird wohl auch bei den nächsten Wahlen eine Rolle spielen. Den Oligarchen wurde der Zugriff auf Staatsmittel erschwert, mit ProZorro ein innovatives System für öffentliche Auftragsvergabe eingeführt. Beachtlich sei auch die finanzielle Stabilisierung - war die Ukraine noch vor achtzehn Monaten zahlungsunfähig, könne sich heute die Regierung leisten, monatelang zu verhandeln, bis man die neue Tranche von 4 Mrd. USD bekommt.

Doch mindestens genauso lang ist die Liste der ungelösten Probleme und der noch durchzuführenden Reformen. Trotz aller Offenheit in der Diskussion gibt es nur geringe Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption. Auch wenn die Eliten mittlerweile unter einem immer stärkeren öffentlichen Druck stehen, bleibt die Korruption im Großen und im Kleinen ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Hier ist es schwierig, eine einfache Gesamtlösung zu finden. Wichtig wären aber erfolgreiche Ermittlungen und Urteile. Das Ziel sollte sein, dass Korruption das Ende der politischen Karriere bedeuten würde. Die Idee der Korruptionsbekämpfung kann das Land vereinen (Leschenko). Ein wichtiger Schritt ist hier das Gesetz über die Finanzierung von Parteien, ab dem 1. Juli fließen die ersten öffentlichen Gelder an die Parteien. Die Wahlen mit offenen Wahllisten sind dagegen immer noch äußerst umstritten, und die politischen Widerstände dagegen, auch von Seite des Präsidenten, sind sehr stark.

Ein weiterer Punkt bleibt die Justizreform. Für Investoren ist nicht nur die wirtschaftliche Stabilisierung wichtig. Es ist auch die Rechtsunsicherheit, die für ausländische Investoren den Einstieg unmöglich macht - trotz hervorragender Standorte und Lohnkosten, die nur ein Sechstel von denen Polens betragen. Weitere komplizierte Themenfelder sind der Gesundheitsbereich und die Verwaltungsreform. Eine Verwaltungsreform in wenigen Monaten zu machen ist nicht möglich. In Ostdeutschland hat der Prozess zehn bis fünfzehn Jahre gedauert. Und die Dezentralisierung soll dabei kein Selbstzweck sein, sondern zur Qualität beitragen. Die Begriffe "Föderalisierung" oder

“Föderation” sind übrigens in Osteuropa negativ besetzt. Es wäre besser über die Dezentralisierung zu sprechen. Die Ukraine muss ein unitarischer Staat bleiben mit starken dezentralen Strukturen, ausgestattet mit Entscheidungskompetenzen und Ergebnisverantwortung (Dieter Schimancke).

Doch gleichzeitig wächst auch die Aggressivität in der Gesellschaft. Der Wunsch nach Gerechtigkeit ist äußerst stark geprägt. Das System wird für kleptokratisch gehalten (Stüdemann). Was sollte man tun, damit diese Aggressivität nicht umschlägt? Dies bleibt eine große Herausforderung. Es ist sehr schwierig, das Weiße vom Schwarzen zu trennen in einem Land, wo alle halbgrau sind (Nefodov). Wenn man keine Variante findet, kann es zu einem echten Problem werden.

Der Ukraine-Diskurs in Deutschland

Die Diskussion über den Euromaidan und seine Folgen in der Ukraine und über den ukrainisch-russischen Konflikt wird in Deutschland bis heute durch eine extreme Polarisierung geprägt. Zu unterscheiden ist dabei zwischen den Gründen für eine intellektuelle Ignoranz gegenüber der Ukraine sowie für eine russlandfreundliche Haltung eines Teils der deutschen politischen Eliten und den konkreten Auswirkungen solcher Aussichten. Die mentale Blockade ist laut dem Osteuropahistoriker Karl Schlögel selbst bei Intellektuellen und Geschichtswissenschaftlern schwer zu lösen. Hier würden sich Ignoranz, Schuldgefühle, Sentimentalität und Feigheit verflechten. Die Deutschen waren auf die seit dem Herbst 2013 sich überstürzenden Ereignisse nicht vorbereitet. Mittlerweile hat sich die Situation etwas geändert. Hatte man 2014 in den Talk-Shows noch alles Mögliche über die Ukraine erzählt, nicht selten waren es “Experten”, die nie in der Ukraine gewesen sind und nur russische Ansichten vertreten haben, so hört man heute auch die Argumente der ukrainischen Seite. Trotzdem wird die Ukraine meistens nicht als Subjekt wahrgenommen. Deutschland und die EU waren lediglich zu Sanktionen gegenüber Russland bereit. Selbst Schuhe und kugelsichere Westen für ukrainische Soldaten wurden in der öffentlichen Diskussion in Deutschland als Waffenlieferungen thematisiert (Rebecca Harms). Die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen waren die einzig mögliche Waffe gegen die von Russland verübte Krim-Annexion und immer noch andauernde Donbas-Aggression. Und selbst sie sind nicht mehr absolut sicher. Es darf nicht passieren, so Schlögel, dass man die Sanktionen preisgibt und die Ukraine im Stich lässt. Trotzdem ist die Frontenbildung in der deutschen Politik - von Gabriel bis Seehofer, von Gauland bis zu den Linken - bedrohlich. Es entsteht der Eindruck, dass manche Ostpolitiker in Berlin gar nicht über Deutschland oder über Europa nachdenken, sondern nur an einer neuen Verständigung zwischen Berlin und Moskau interessiert sind (Harms).

Damit korreliert eine weitere Linie im Ukraine-Diskurs: Die Ukrainer seien in die Eskalation geraten, weil die europäische Politik falsch war, und die Nato eine Expansionspolitik betrieben

habe. Eine Parallele zu den Revolutionen und Traditionen von 1989 wird den Ukrainern verwehrt. Alles sei gewalttätig gewesen, und letztendlich seien die Ukrainer selber dafür verantwortlich - sie hätten sich mit der CIA und den Imperialisten angefreundet, Russland hätte nicht anders reagieren können. Doch das Argument über die Gewalt blendet eine wichtige logische Schlussfolgerung aus - die Revolutionen können nur solange gewaltfrei bleiben, solange die Machthabenden, also der autokratische Staat, bereit sind, auf Gewaltanwendung zu verzichten oder davor zurückschrecken. Eine heftige Kontroverse hat die kurz zuvor geäußerte Meinung des deutschen Außenministers Walter Steinmeier über das "Säbelrasseln der Nato" ausgelöst. Die scharfe Kritik an dieser Äußerung versuchte Gernot Erler, der Bundesbeauftragte für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016, mit dem Argument zu kontern, dass eine massive militärische Eskalation zwischen dem Westen und Russland im Kontext des Ukraine-Konflikts mittlerweile absurde Formen angenommen hat. Russland sei zwar als Gesellschaft schwach, aber militärisch eine Großmacht. Im Übrigen ist es auch die offizielle Position der Bundesregierung: Nur eine politische Lösung ist möglich, das Minsker Abkommen bleibt ohne Alternative, Sanktionen kann man heute nicht aufheben, weil es dann kein Interesse an der Umsetzung von Minsk gibt. Offen bleibt allerdings die Frage, wie lange der Westen noch an den Sanktionen halten kann und will.

Die besetzten Gebiete: Wie geht es weiter?

Ein Foto zeigt eine zerstörte Brücke, daneben wurde notdürftig ein Holzsteg zusammengebettert. Um auf die andere Seite zu gelangen, müssen die Menschen über die Brücke gehen, die gleichzeitig auch die Trennlinie zwischen den von Separatisten und den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten ist. Die Rebellen stehen direkt an der Brücke. Hier hat sich die Situation zuletzt laut Botschafter Alexander Hug, dem Stellvertretender Leiter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine, deutlich verschärft. Die Mission zählte zuletzt über 8.000 Waffenstillstandsverletzungen. Jeder Schuss gilt als Waffenstillstandsverletzung. Die Mission hat im Laufe der letzten Monate und Jahre mehrmals russische Hoheitsabzeichen gesehen, mit Menschen gesprochen, die gesagt haben, sie seien in der russischen Armee, russische Waffensysteme gesichtet. Der Zugang zur Grenze ist zwar möglich, aber das, was die Mission zu sehen bekommt, wird stark eingeschränkt und kontrolliert. Versorgung mit Waffen und Munition ist endlos. Die Kämpfe können somit weiter gehen.

Es ist völlig klar, dass ohne ein Minimum an Sicherheit der politische Prozess nicht weiter geht. Es ist aber auch völlig klar, dass die russische Seite nicht bereit ist, ohne politischen Prozess Zugeständnisse im Sicherheitsbereich machen (Jurij Aston). Wie kann man das zusammenführen? Das Auswärtige Amt hofft, dass man Fortschritte durch Packaging erreichen kann. Laut Vorstellungen von deutschen Diplomaten muss man das notwendige Maß an Sicherheit

gewährleisten, aber zeitgleich und parallel auch Fortschritte im Sicherheitsbereich und im politischen Bereich erzielen. In den Separatistengebieten ist man vogelfrei, und es muss der Anfang gemacht werden, lautet das Argument.

Doch die ukrainische Seite bleibt extrem skeptisch. Diejenigen, die ein Gesetz über die Besonderheiten der lokalen Selbstverwaltung fordern, berücksichtigen nicht die reale Situation und Veränderungen, die bei Implementierung von Minsk aufgetreten sind (Yevhen Bystrytsky). Wie kann man die Implementierung erklären, wenn jeden Tag Meldungen über tote und verletzte Soldaten kommen?

Was bei der Diskussion über die Wahlen allerdings oft zu kurz kommt, sind Menschenrechte. Das Auswärtige Amt spricht über drei Prioritäten - Sicherheit, Durchführung von Wahlen und Wahlgesetz (Regenbrecht). Aber zentral soll eine andere Frage sein: Wie kann man Wahlen in einer Situation ohne Wahl durchführen? (Oleksandra Matviichuk). Die Menschen in den besetzten Gebieten werden entführt und gefoltert. Es herrscht Terror als Instrument von Krieg und Kontrolle über die Region. Der aktive Teil der Zivilbevölkerung wurde entweder zur Flucht gezwungen oder umgebracht. Es gibt keine Chance, das Eigentum, die Freiheit oder das Leben zu schützen. Der starke Wunsch, Wahlen als Fiktion durchzuführen, ist für autoritäre Regime typisch. Und echte Wahlen werden virtuelles Unternehmen bleiben, weil die politische Führung der Separatisten nicht daran interessiert ist.

Doch auch Kiew macht viele Fehler. Die Idee, die befreiten Gebiete zum Schaufenster einer demokratischen Ukraine zu machen, ist auf der breiten Front gescheitert. Die Zeitungen in Mariupol und Kramatorsk unterscheiden sich nicht wesentlich von den Zeitungen in Donezk (Oleksii Matsuka), auch sie machen Propaganda. Heute gibt es keine wirkliche Kommunikation zwischen Kiew und dem von der Ukraine kontrollierten Teil von Donbas. Die Menschen bleiben oft alleine mit ihren Problemen. Und wenn man über Gerechtigkeit spricht, reicht es nicht, die zerstörte Infrastruktur wiederaufzubauen. Die Menschen müssen auch den Glauben zurückgewinnen, dass die Konflikte durch Rechtsmittel gelöst werden können.